

Rede Gert Weisskirchen im Plenum am 17.03.2006 (Kongo)

Rden/Artikel

Der Europäische Rat kann im Frühjahr 2006 ein Signal aussenden, nicht zu übersehen und nicht zu überhören: wir Europäer stehen an der Seite der Menschen im Herzen Afrikas, die in eine neue Ära eintreten wollen, eine die davon geprägt sein soll, Spannungen ab zu bauen und Frieden auf zu bauen.

In der Demokratischen Republik Kongo sind mehr als die Hälfte jünger als 18 Jahre. Mörderbanden, grausam wütende Armeen, zumeist Söldner aus 7 Ländern, haben ihnen ihre Kindheit geraubt. 3,5 Millionen Menschen sind um die Jahrhundertwende ums Leben gekommen, etwa die gleiche Zahl sind Vertriebene im eigenen Land, mehrere Hunderttausend mussten aus dem Land fliehen. Wir Europäer und besonders wir Deutschen unterstützen die Verhandlungen, die, angeregt von den VN durch die afrikanischen Staaten selbst in der Region der Großen Seen in Gang gesetzt worden sind. Wie wir Europäer es, beginnend im Jahr 1975 geschafft haben, an unseren Problemen gemeinsam friedlich zu arbeiten, so haben vor drei Jahren Afrikaner neu begonnen, die Mitte Afrikas Schritt für Schritt zu verwandeln in eine Region der wechselseitigen guten Nachbarschaft. Die DR Kongo ist zentraler Akteur in diesem Prozess. Er zielt auf Frieden, Sicherheit, Stabilität, Entwicklung, Demokratie. Noch ist dieser Prozess gefährdet. Er kann jeden Augenblick zurück geworfen werden. Das gilt auch für ein weiteres Projekt, etwa 500 000 jungen Männer heraus zu lösen aus ihren kriegerischen Erfahrungen als Soldaten und ihnen ein ziviles Leben zu ermöglichen. Die Weltbank stellt dafür ein Programm bereit von 530 Mio Euro, damit entmilitarisiert und wiedereingegliedert wird. Deutschland allein beteiligt sich mit 72,2 Mio Euro daran. Die EU wird der DR Kongo im Zeitraum von 2004 bis 2007 580 Mio Euro zur Verfügung stellen, damit der Frieden stabiler wird. Der Kongo ist eines der größten Länder Afrikas, voller Rohstoffe. Und die erdrückende Mehrheit der Menschen blickt voller Hoffnung in die Zukunft, weil sie sich befreien wollen von einer bedrückenden Vergangenheit. Sie haben sich eindeutig für eine demokratische Verfassung entschieden, in einem Akt der freien Selbstbestimmung voller Würde und überzeugendem politischen Bewusstsein. Der nächste Akt im Aufbau demokratischer Institutionen soll in der zweiten Junihälfte vollzogen werden. Über 25 Millionen, das sind fast alle, haben sich als Wahlberechtigte registrieren lassen, viele haben weite Fußwege auf sich genommen, manche sind über 100 km barfuß gegangen. Das ist eine unerhörte Absage an die Gewalt und zeigt den Mut eines Volkes, das einen eigenen Weg in die Demokratie sucht. Über 40 Jahre ist es her, dass im Kongo freie Wahlen stattgefunden haben. Jetzt, endlich, können wirkliche demokratische Wahlen das Land stabiler machen. Damit dieser Prozess sich von innen und von unten festigt, braucht der Akt des Wählens das Maß an Sicherheit, das es den Wählenden erlaubt, sich frei zwischen den Alternativen zu entscheiden. Dieses Maß an Sicherheit kann gegenwärtig vom kongolesischen Staat nicht gewährleistet werden. Die DR Kongo befindet sich an einem Neubeginn des Werdens seiner demokratischen Institutionen. Deshalb hat der VN- Sicherheitsrat die Friedensmission MONUC eingerichtet, inzwischen mit etwa 17 000 Angehörigen, die größte VN- Operation weltweit. Sie sind im Osten konzentriert und dort müssen sie auch bleiben. In Kinshasa entscheidet sich, ob die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler Bestand hat. Und genau an diesem strategischen Ort wird die EU gebraucht, räumlich und zeitlich klar begrenzt, aber umso wirkungsvoller. Hier wird die EU eine Sicherheitslücke schließen. Nur wenn das gelingt, kann an der Demokratie weiter gebaut werden. Deshalb haben die VN die EU gebeten, ein Militärkontingent zusammen zu stellen, damit sie, versehen mit einem robusten Mandat, den demokratischen Wahlprozess in der Hauptstadt sichern. Ihre Ziele sind fest zu umreißen: Menschen sollen ermutigt werden, ohne Furcht zu wählen, mögliche Störer sollen abgeschreckt werden. Es sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass auch die Wahlverlierer den Willen des Volkes akzeptieren.

Die EU hat im Oktober 2005 eine Strategie für Afrika verabschiedet. Damit soll ein Weg geöffnet werden für einen Europa- Afrika- Pakt, damit die Entwicklung Afrikas sich beschleunigt. Gleichheit, Partnerschaft, Eigenverantwortlichkeit - das sind die Grundsätze dieser Strategie. Die Europäer wollen damit das Selbstbewusstsein der Afrikaner stärken und die Afrikaner beim Wort nehmen, wenn sie afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme suchen wollen. Wenn wir Europäer gebeten werden, sei es von der Afrikanischen Union, sei es im Fall des Kongo von politisch legitimierten Autoritäten und zugleich von den VN, dann - soweit jeweils festzulegende Kriterien erfüllt sind - sollte die EU die VN dort unterstützen, wo sie Unterstützung brauchen.

Die EU hat bereits erheblich in die Befriedung des Kongo investiert. Die Operation Artemis, an ihrem Beginn heftig umstritten, war erfolgreich. Mit Artemis hat sich eine Hoffnung verbunden. 350 Mio \$ kosten die anstehenden Wahlen, davon trägt die EU 285 Mio. Das sind Investitionen in die Zukunft der Menschen des Kongo. Wir Deutsche sind nicht verdächtig, postkoloniale Sonderinteressen zu vertreten. Wir werden häufig gefragt: Welches sind unsere Interessen in der DR Kongo.

Die Antwort ist: Wir stehen nur an der Seite von Menschen in Afrika, die ihren Weg in eine von ihnen selbst bestimmte demokratische Zukunft gehen wollen. Mit einem strikt begrenzten militärischen Mandat, haben wir eine Chance, nachdem der Bundestag sorgfältig die Risiken abgewogen hat, Menschen im Kongo Mut zu machen, den Mut zur Freiheit.

Natürlich muss ein Einsatz der EU zu Absicherung der Wahlen an Voraussetzungen gebunden sein: Das Vorliegen eines VN- Mandats, das Einverständnis der kongolesischen Regierung. Eine überschaubare Sicherheitslage, ein räumlich und zeitlich begrenztes Mandat sowie eine breite europäische Beteiligung an dieser Mission sind solche Voraussetzungen. Aber wir dürfen keine Kriterien aufstellen, um uns dahinter zu verstecken, sondern wir müssen an Ihrer Erfüllung arbeiten, damit wir die Ziele der EU- Afrika- Strategie umsetzen.

Ich freue mich, dass die Bundeskanzlerin und Staatspräsident Chirac nach dem deutsch- französischen Ministerrat in dieser Woche ein klares Signal gegeben haben, dass Deutschland und Frankreich für einen solchen Einsatz bereit stehen. Beide müssen nun auch den hohen Repräsentanten in Brüssel, Javier Solana, den Rücken stärken und ihm helfen, seine schwierige Mission im Kreis der noch skeptischen Europäischen Länder zu erfüllen. Die Krise der Europäischen Union ist nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden schon groß genug. Dort wo es möglich ist. Pragmatisch zu handeln, und dort wo es nötig ist, europäische Verantwortung wahr zu nehmen, müssen die Europäer an einem Strang ziehen. Ein EU- Einsatz im Kongo dient der Friedens- und Sicherheitspolitik in Afrika und Europa.

[Redemanuskript; es gilt das gesprochene Wort]

Plenarprotokoll - Vorab- Veröffentlichung
15. Wahlperiode
26. Sitzung,

Berlin, Freitag, den 17. März 2006

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Gert Weisskirchen für die SPD- Fraktion.
(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Herr Präsident! Der geschätzte Vorredner, den ich sehr mag, hört jetzt leider nicht zu.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Vielleicht sagen Sie ihm noch einmal, dass Sie ihn mögen. Das erhöht vielleicht die Neigung, zuzuhören.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Vielleicht hört er jetzt noch ein bisschen genauer zu. Lieber Rainer, ich mag dich ja.

(Heiterkeit)

Du hast möglicherweise nicht zugehört, als der Außenminister gesprochen hat. Ich habe hier den Text seiner Rede und ich möchte einfach nur zitieren, um ein mögliches Missverständnis auszuräumen:

(Irmgard Schewe- Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht hat er das nicht gesprochen, was ihm aufgeschrieben wurde!)

Im Bereich Energie und gerade bei unserem Kernanliegen Energieeffizienz, Energieforschung und erneuerbare Energien haben wir viel geleistet. -

Das bezieht sich auch auf die rot- grüne Koalition. Dann hat er gesagt: Der Anteil erneuerbarer Energien an unserer Stromerzeugung beträgt bereits über 10 Prozent.

Ich will damit nur sagen: Bei diesem Punkt gibt es, lieber Kollege Steenblock, eine Kontinuität zwischen der rot- grünen und der schwarz- roten Koalition, eine Kontinuität, die genau auf jener Leistung fußt, die wir beide gemeinsam vorangetrieben haben. Ich bitte, dass dieses nicht dementiert, sondern fortgesetzt und verstärkt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will jetzt an einen Punkt anknüpfen, den nicht nur Sie, sondern auch andere Redner in vergleichbarer Weise angesprochen haben. Zum Beispiel Herr Silberhorn hat es getan. Er hat den Begriff **ökonomischer Patriotismus** benutzt. Ich glaube, wir sind in einer noch dramatischeren Situation. Die Europäische Union bewegt sich gegenwärtig weg von einem integralen Konzeptansatz und hin zu der Versuchung - dort drüben haben wir solche Stimmen schon gehört; anderswo, zum Beispiel in Italien, gibt es sie auch - des Populismus.

(Beifall des Abg. Kurt Bodewig (SPD))

Der Populismus aber ist die Vorstufe zur Wiederkehr des Nationalismus. Das muss man sehr genau im Blick haben. Wenn ich meinen ehemaligen Parteifreund Oskar Lafontaine an der einen oder anderen Stelle höre, muss ich sagen: Das ist Populismus pur,

(Kurt Bodewig (SPD): Rechtspopulismus!)

da wird schon Rechtspopulismus mit aufgesogen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das hilft Europa überhaupt nicht. Das gefährdet im Gegenteil den Fortschritt,

(Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm (DIE LINKE))

den wir in den letzten 50 Jahren, lieber Kollege Dehm, quer durch dieses Parlament gemeinsam erarbeitet haben. Der jedoch darf nicht aufs Spiel gesetzt werden, schon gar nicht von Populismus pur, um das ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Warum ist das nötig? Die Europäische Union darf weder zur Fortress, wie die Engländer sagen, zu einer Burg, auf der man sich protektionistisch, nationalistisch verschanzt, noch - das sehen wir jetzt auf den Kanarischen Inseln - zur Fluchtburg derer werden, die aus den zentralen Regionen Afrikas flüchten, die nur noch eine einzige Hoffnung im Kopf und im Herzen haben, nämlich endlich nach Europa zu kommen. Deswegen kommt es darauf an, den Demokratieansatz, den wir in der Europäischen Union seit vielen Jahren erarbeitet haben, der ein anderer als der der Weltmacht USA ist, zu unterstützen, zu fördern, zu verstärken. Wir verstehen Demokratisierung, Förderung der Demokratie nicht als ein militärisches Draufsetzen, wie wir das im Irak gesehen haben, wo man glaubte, Demokratie durch Bomben durchsetzen zu können. Das wollen wir nicht.

(Zurufe von der LINKEN)

Wir wollen Demokratie dort fördern, wo Menschen bereit sind, sich Demokratie selbst zu Eigen zu machen. Hier liegt ganz klar der Unterschied zwischen der Europäischen Union und anderen auf der Erde. Dieser Unterschied muss verdeutlicht werden. Es geht darum, was auch der Außenminister am Schluss seiner Rede gesagt hat, Kollege Schockenhoff, dass wir den Menschen im Kongo, die jetzt auf dem Weg sind, sich die eigene Demokratie von innen und von unten durch einen demokratischen Wahlakt selbst zu erkämpfen, helfen, und zwar nicht durch eine Militarisierung des Denkens, sondern indem wir die Sicherheit bieten, die das Land nicht selbst von innen und von unten produzieren kann. Dann, wenn sie es wollen und wenn uns die Vereinten Nationen dazu beauftragen, müssen wir ihnen dabei helfen, dass die Demokratie endlich an Boden gewinnt, damit sie sich ihre Freiheit selbst erarbeiten können. Darum und um nichts anderes geht es im Kongo.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin froh und dankbar, dass wir nun im Auswärtigen Ausschuss darüber eine intensive Diskussion führen und endlich dazu kommen, auch den Menschen in diesem Teil der Erde, der in den letzten Jahrzehnten in blutigen Bürgerkriegen versunken war, eine Chance zu geben, mit ihnen gemeinsam die Demokratie zu entwickeln, zu fördern und zu gestalten. 45 Jahre lebt dieses Land Demokratische Republik Kongo ohne eigenen Wahlakt, ohne die Legitimationsgrundlage für das eigene staatliche Handeln zu produzieren. Jetzt haben sich 25 Millionen Männer und Frauen - das muss man sich einmal überlegen - registrieren lassen, in Wählerverzeichnisse eingeschrieben. Manche sind Dutzende von Kilometern - das haben wir von Kolleginnen und Kollegen gehört, die dort waren; Uschi Mogg und Rolf Kramer waren in den letzten Tagen dort und haben das beschrieben - gelaufen, um sich in Wählerverzeichnisse einzuschreiben. Was ist das für ein ungeheurer Qualitätssprung! Mitten im Herzen Afrikas sind Menschen bereit, wählen zu gehen, den Präsidenten selbst zu bestimmen, nachdem sie die Verfassung in einer wirklich demokratischen Volksentscheidung selbst bestimmt haben. Warum sollen wir denn diesen Menschen, wenn sie uns darum bitten, nicht die Chance geben, das zu tun, was nötig ist, um ihre eigenen demokratischen Institutionen weiterzuentwickeln?

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Darum gehen wir, wenn es der Bundestag will, mit 1 500 Soldatinnen und Soldaten - 500 davon kommen aus der Bundesrepublik Deutschland - in diese Region. Können wir uns diesem Wunsch ernsthaft verschließen? Soll die Bundesrepublik Deutschland Nein sagen, wenn die Menschen im Kongo den Aufbruch in die Demokratie selbst wollen? - Nein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind verpflichtet, multilateral effektiv zu handeln, die

internationale Verantwortung der Europäischen Union wahrzunehmen und die Europäische Union mit ihren Instrumenten ESVP und GASP zu stärken und zu stützen. Darum geht es, nicht um Populismus, sondern darum, den Menschen in Afrika eine Chance zu geben.
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Veröffentlicht am 17.03.2006